

Ein dritter Weg für die Universität

Nach großer Revision, großer Krise und Kulturkampf

Hermann Schwengel

Der Bildungsstreik dieses Sommers ist, wie einfallsreich in seiner Durchführung im einzelnen, Ausdruck einer Selbstblockade der Kritik. Akteure wie Publikum konnten den Zielen, nämlich eine große gesellschaftliche Bildungsanstrengung zu unternehmen, mit Mehrheit zustimmen, während die Adressaten konkreten alternativen Handelns – von Fachbereichen und Universitäten bis zu Ländern und Europäischer Union – so verschieden blieben, dass am Ende alle und niemand angesprochen wurden. Dabei hat die große Revision der Universitätslandschaft im letzten Jahrzehnt genügend Missvergnügen geschaffen, die sich in Gesellschaft und Mentalitäten fressende Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Vorstellung einer rundum manageriellen Umstülpung der Bildungsverhältnisse entwertet und so tatsächlich Raum für eine echte gesellschaftspolitische Bildungsdebatte geschaffen, wenn nicht unter dem Mythos des Bologna-Prozesses eher ein falscher Kulturkampf stattfände. Die empirische Untersuchung des Bologna-Prozesses wird kaum zur Kenntnis genommen, die kritische Generation verteidigt ihre Biographie mit Zähnen und Klauen, während das Bildungsestablishment die Kritik an sich abtropfen lässt. Dabei könnte man viele praktische Probleme lösen, ohne sofort über Bologna zu reden: Das Gewicht von Nebenfächern ließe sich erhöhen, Prüfungen und Prüfungsdichte entzerren, Studienpläne stärker von Prüfungssystemen entkoppeln, Studienfachwechsel und Notengebung flexibilisieren, Termine und Anwesenheiten nicht mit bürokratischer Kontrolle, sondern in der Interaktion erwachsener Lehrender und Lernender gestalten. Den dreijährigen BA

könnte man qualifiziert und gezielt erweitern, indem Praktika und Auslandsaufenthalte bis zu einem Jahr nicht angerechnet werden, ohne deshalb zum guten alten Magister zurückzukehren, was alle laufenden interessanten Alternativen im MA-Bereich abwürgen würde. Aber der Kulturkampf um Bologna, zu dem sich die Kontrahenten hinreißen lassen, weil sie gesellschaftspolitisch nichts sagen wollen, behindert diesen Pragmatismus. Beide Seiten vertreten halbe Wahrheiten: Während die einen eine Weiter-So-Dynamik pflegen, als ob die Probleme nicht offensichtlich wären, bedienen die anderen die Bequemlichkeit von ProfessorInnen und Fächern, ihre Inhalte nicht überdenken zu müssen. Während die einen von einem Anbieter-Kunden-Verhältnis schwätzen, das es in der Universität nicht geben wird, sind die anderen noch nicht einmal in der Industriegesellschaft angekommen, wenn sie die Universität als Lernfabrik etikettieren, die sie mit einer eher vormodernen Gegenwart konfrontieren. Inszenieren die einen so eine Humboldtsche Vergangenheit, die es so niemals gegeben hat, breiten sich die anderen in der Welt eines globalisierten Bildungssektors aus, dessen politische und gesellschaftliche Strukturen erst noch professionell und demokratisch zu bestimmen sind. Es ist an der Zeit, nach einem dritten Weg zu suchen, der die Angehörigen der Universität zusammenführt, die den Bologna-Prozess, d.h. die Entstehung eines europäischen Bildungsraumes, politisch bejahen, aber seine Entwicklung als eine permanente Reform der Reform der Reform verstehen. Das ist ein Moratorium in der kulturkämpferischen Rhetorik, aber eine Beschleunigung in der Sache.

In der Politik mag die Zeit des Dritten Weges vorbei sein, für Wissenschaft und Universität beginnt sie erst jetzt. Jahre der großen Revision liegen hinter uns, in der fünf massive Verschiebungen – die Umstellung auf BA- und MA-Programme, neue eher unternehmerische Führungsstrukturen der Universität, eine den Wettbewerb in und zwischen den Universitäten steigernde Exzellenzinitiative, forciertes internationales Vergleich mit globaler Netzwerkbildung und die Einführung von Studiengebühren in manchen Ländern – das Gesicht der Universität tatsächlich verändert haben, wie es seit den 60er Jahren und dem Einstieg in die Massenuniversität nicht mehr geschehen ist. Es geht dabei um sehr viel mehr als das Programm des Bologna-Prozesses, aber dieser dient als Projektionsfläche, um in der Auseinandersetzung seinen Ort zu bestimmen. Der vermeintlich makellose Wettbewerb, der an keine Gewalt-

tenteilung mit anderen Prinzipien wie denen der Kooperation und Tradition, Kollegialität und Zugehörigkeit gebunden zu sein schien, ist erschüttert. Demgegenüber haben die Mitglieder und Historiker der alten Universität vergessen, wie wenig sie in der Lage waren, sich an der frühen Gestaltung der Wissensgesellschaft zu beteiligen oder ihr gar Richtung zu geben – was die Frage provoziert, ob sie bei Anpassung und Gestaltung globaler Interdependenz diese Rolle zu übernehmen fähig sind. Die rohen liberalen Reformer wollten nur die alten Mächte der Universität, die Fakultäten und den Senat entmachten, um neue Führungsprinzipien zu entwickeln, die im Grunde nur vom unternehmerischen Sektor abgeschrieben waren. Das ist genauso wenig nachhaltig wie die Verteidigung von Fakultäts- und Senatsmacht, die sich als Innovationsagenturen kaum hervorgetan haben. So ist jetzt der Moment gekommen, in dem sich die sozialen und liberalen und wertkonservativen Mitglieder der Universität, die dieser Falle zwischen Offensive und Defensive entgehen wollen, Gehör verschaffen. Das ist vor allem im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften von Bedeutung, weil dort der Kooperation und Wettbewerb vermittelnde Geist erzeugt und belebt wird, und die eigenständige Rolle der Universität gegenüber den anderen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen artikuliert wird.

Bei der Berichterstattung zum Bildungsstreik ist kaum hervorgehoben worden, wie sehr daran nicht nur Universitäten und ihre Studierende, sondern auch Schüler und ihre Lehrer beteiligt waren. Hochmütig haben die Angehörigen der Universität manchmal auf die Lehrer geschaut, deren Status- und Legitimationsprobleme sie nicht zu betreffen schienen. Das war natürlich schon immer nicht richtig, aber jetzt ist die Problemlage ihnen tatsächlich gemeinsam. Wenn mehr als zwei Fünftel eines Jahrgangs studieren und – mit skandinavischer Utopie – das auch zwei Drittel werden können, hat der Professor mit dem Studienrat, um nicht zu sagen mit dem Volksschullehrer, sehr viel mehr gemeinsam als sein sublimer Elitismus ihm nahe legt. Aber auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Den Charakter der Wissenschaft souverän zu behaupten heißt, ihn in die Zeit der Vorbereitung auf die Universität, in der Verbindung von Hochschul- und Berufsbildung, vom ersten Tag an im Studium und in der Weiterbildung zu verankern. Das verlangt eine Differenzierung der Hochschultypen weit über die Unterscheidung von dualer

Hochschule, Berufsakademie, Fachhochschule und Universität hinaus. Ein wissenschaftliches Fach behauptet sich nicht allein durch die Kontinuierung der Fachgeschichte und theoretisch-empirische Innovation, sondern auch durch die Logistik seiner Wahrheitsproduktion. Breite problemorientierte Forschung eröffnet erst das Feld, auf dem sich Wissenschaft als Wissenschaft zu definieren hat. Nur dann verschwindet das Studium nicht, wie Jürgen Kaube befürchtet, wenn sich Wissenschaft in dieser langen Reihe bestimmt und nicht ältere Bildungsideale zu konservieren sucht.

Die Dynamik der fünf Verschiebungen

Die Einführung der BA- und MA-Sequenzen, Modularisierung und permanente Evaluation der Studienabläufe hätten im Prinzip zugleich flexiblere und stabilere Studienstrukturen entstehen lassen können. Dass das nicht durchgängig der Fall ist und das innovatorische Potential bei weitem nicht ausgeschöpft wird, liegt zuerst an der viel zu bürokratischen Implementierung, aber auch an der mangelnden Bereitschaft der Fächer, ihre Inhalte zu überdenken, innere Konflikte auszuhalten und neue Verbindungen zu wagen. Es ist richtig, im BA an Fächern festzuhalten, um eine bestimmte Perspektive richtig kennenzulernen. Dann muss aber in der MA-Phase zwischen auf Problem- und Forschungsfelder – nicht Berufsfelder – bezogenen MAs und solchen unterschieden werden, die die fachliche Identität in Richtung eines Ph.D.-Studiums wahren. Im Augenblick wuchert das MA-Angebot in Europa mehr, als dass es wächst, und es wird mehr gestapelt als vermittelt, aber auf diesem Feld spielt die Musik. Wenn man noch in den alten Magisterstrukturen denkt und nur nach BA und MA umetikettiert, wird man zu diesem Bildungsprozess nichts beizutragen haben. Es entstehen dann auch nicht genügend qualitative Forschungskerne, die Interdisziplinarität begrenzt und gezielt festlegen, aber auch neue Verbindungen schaffen. Die Lehre als Grundlage jeder geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung – zumal in Zeiten der Globalisierung – wird nicht ausreichend einbezogen. Am schlimmsten wäre es für diesen Prozess in jedem Fall, den MA-Anteil quantitativ-bürokratisch festzulegen. Das alles hängt nicht an Bologna, die Probleme sind früher entstanden und gehen darauf zurück, dass

zuerst der Übergang zur Massenuniversität der Industriegesellschaft nicht zu Ende gedacht wurde, um dann erst recht nicht die Kraft für den Übergang zur Universität der globalisierten wissensindustriellen Gesellschaften zu haben.

Das alles liegt wesentlich auch an der langjährigen Unterfinanzierung, aber nicht nur an ihr. Quer zu den Fakultäten und Instituten sind nicht genügend eigenständige Entscheidungsebenen mit eigener Finanzausstattung, geleitet von jüngeren WissenschaftlerInnen, entstanden, keine selbstbewusste Schicht in mittleren Alterslagen, die die Gestaltung der Universität als originären Teil ihrer Karriere ansieht. So inszenieren die fachlich und finanziell schlecht ausgestatteten Universitätsleitungen, die durch die Programme der Ministerien, der Wettbewerbe und Forschungsgemeinschaften zusätzlich am Nasenring geführt werden, eine Lenkung, die für die eigene Organisationsentwicklung zu wenig abwirft und höchstens der Politik und der Wirtschaft Wissenspools schafft. Die letzte Exzellenzinitiative prämierte darüber hinaus in den Geistes- und Sozialwissenschaften weniger Innovation als die Fortführung von Denkprogrammen, die ihren Ursprung eher in den späten 80er Jahren des letzten Jahrhunderts als in diesem Jahrzehnt hatten.

Diese Beschreibung reicht schon in die zweite große Verschiebung hinein, die der Veränderung der Führungsstrukturen der Universität. Nachdem die ersten Präsidenten und Rektoren dieser Revision noch mehr oder weniger angelernte Führungspersönlichkeiten mit mehr oder weniger autoritären Neigungen waren, aber mit einem Bein in der alten Universität verblieben, bildet sich zwar allmählich eine Kultur der gesellschaftlichen Führung von Universitäten heraus, die sich von der alten Ordinarien- wie Gruppenuniversität unterscheidet, aber der Prozess ist noch sehr zerbrechlich. Universitäten, die sich, wie die Freie Universität Berlin, mit dem Rücken zur Wand gewöhnt haben, hatten insoweit am Anfang den vermeintlichen Vorteil, den alten Akademischen Senat fast vollständig zu entmachten, während andere dessen alten noblen Status mit allen Mitteln zu bewahren trachteten. Eine transparente Gewaltenteilung zwischen den Institutionen, der quasi-parlamentarischen des Senats, der Aufsichtsratsfunktion der Hochschulräte, der Managementfunktion des Rektorats und dem wissenschaftlichen Co-Management der Fakultäten und Zentren hat noch nirgendwo überzeugende Gestalt

gewonnen. So herrscht wilder Pragmatismus und offener Dezisionismus. Wer wissenschaftlich etwas bewegen will, wird sich weder an die alte noch an die neue Kleiderordnung halten, sondern sich an jede Ebene wenden, die etwas zu verteilen hat, wie immer die Konsequenzen für die Institution als Ganze sein mögen – so die Perspektive von unten. Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat und DFG, Landes- und Bundesministerien, Fach- und Interessenverbände bilden auf Sicht nützliche Ad-hoc-Koalitionen, aber sehr viel weniger strategische Ausrichtungen als nötig – so die Perspektive von oben. Sehr häufig treten dann dezisionistische Typen auf den Plan, die eine Entscheidung damit begründen, dass sie sie getroffen haben. Dem steht dann eine aggressive Opposition gegenüber, die aber über keinen eigenen gemeinsamen Kern verfügt. Wahlen für Führungspositionen in der Universität sollten deshalb nicht mehr allein nach proportionalen Prinzipien getroffen werden, sondern es muss um Personen gehen, die zusammenhängende Entwicklungsprozesse repräsentieren.

Jedenfalls gilt für die nun anstehende zweite qualitative Phase des Exzellenzwettbewerbes, dass – wenn es die finanzwirtschaftliche Lage überhaupt zulässt – die Bildung von Maßstäben für eine zukunftsfähige Universität *selbst* zum Gegenstand des Wettbewerbs werden wird. Niemand hindert die Universität daran, sich nicht nur eifrig an den Exzellenzinitiativen zu beteiligen, sondern die Bildung der Maßstäbe mit Macht mitzubestimmen. Wahrscheinlich wird das erst Exzellenz ausmachen. Niemand hindert sie daran, andere, mehr an Lehre oder gesellschaftlicher Kommunikation orientierte Modelle zu entwickeln, die sich einem öden Exzellenzbegriff entziehen. Es liegt keineswegs auf der Hand, dass die gegenwärtige evaluierende Klasse mit ihren festgelegten Normen in dieser Rolle bleiben muss und die evaluierten Klassen wie Hamster im Mühlrad laufen müssen.

Die Dinge mischen sich inzwischen von selbst ganz ordentlich auf und das wird so weiter gehen. Der nächste Exzellenzwettbewerb also, um es auf den Punkt zu bringen, wird nicht nur darum gehen, wer exzellent ist, sondern was Exzellenz ist. Das ist nicht in erster Linie ein administrativ-managerieller, sondern ein intellektuell-politischer Prozess. Er wird sich auch an der Grenze abspielen, wo die bisherigen Exzellenzuniversitäten auf die treffen, die solche werden wollen, und solche, die dritte Ideen

entwickeln. Jeder wird zu zeigen haben, wie tatsächlich sinnvolle Elemente der alten kollegialen Führung der Universität mit stärker unternehmerischen und wettbewerbsorientierten Verfahren vermittelt werden können. Nicht möglich wird sein, dazu zu schweigen. Die Universität ist kein Unternehmen und keine Verwaltung, obwohl sie vitale unternehmerische und professionelle administrative Verfahren sich sogar noch mehr als bisher zu eigen machen muss, sondern sie ist in erster Linie eine gesellschaftliche Institution. Sie hat mit dem heute zurecht attackierten Finanzsektor gemeinsam, zugleich eine normale Organisation, die im Wettbewerb steht, zu sein, wie eine Führungsrolle für Formate einzunehmen, in denen erst die Zukunft definiert wird. Der Kampf um den Charakter der Universität ist von gleicher Bedeutung wie der Umgang mit der demographischen Krise, Klimawandel und globaler Sicherheit, obwohl ihm nicht das Signum von Leben und Tod auf die Stirn geschrieben ist.

Auch die Internationalisierung von Lehre und Forschung kommt in eine Phase, in der es nicht mehr in erster Linie um den quantitativen Ausbau, das heißt eine möglichst große Zahl von Partnerschaften und eine wuchernde Interdisziplinarität geht, sondern um konzentrierte und konzertierte Strategien. Dass in den neuen BA-Studiengängen die internationale Orientierung zunächst zurückgegangen ist, kommt einem Skandal gleich, aber nichtsdestotrotz kann dieser vor Ort beseitigt werden, wenn in den Studienplänen mit Mut Platz dafür geschaffen wird oder, wo es nötig ist, über vierjährige Bachelors – allerdings nicht überhaupt und für alle Programme – ohne Scheuklappen nachgedacht wird. Das gilt auch für die Praktika, die nicht den Studienverkürzungsplänen zum Opfer fallen dürfen. Internationalisierung ist selbst noch gar kein Konzept, das über die universalistische Orientierung jeder Wissenschaft hinausginge. Ideenpolitisch kommt es darauf an, dass eine Universität, zumal eine Volluniversität, das Wissen zu Asien, Afrika, Lateinamerika und den globalen Regionen für ähnlich konstitutiv hält wie man das für das romanistische, germanistische und skandinavistische Wissen der alten Universität gehalten hat. Diese Ideenpolitik kann nicht in einzelne Fächer eingesperrt werden, sondern muss in allen systematischen Fächern angesiedelt sein und vor allem für die Verknüpfung von Technik- und Geisteswissenschaften zur Verfügung stehen. Ph.D.-Programme und Post-Doc-Netze sind der beste Ort, um diese innovativen Verbindungen

mit den jungen WissenschaftlerInnen auszuprobieren. Das wird ein langer Prozess sein, der in Berufungen, Studien- und Forschungsprogrammen, in allen Köpfen der Universität seinen Ort finden muss – und er ist in der Tat von Humboldtscher Dimension. Was die vielgelobten *peer evaluations* dafür leisten, mag zu bezweifeln sein. In der Regel stehen das Beharren auf traditionellen Fächern und eine gedankenlose Interdisziplinarität – ethnologisches Allerlei – nebeneinander, ohne dass die Verfahren der herrschenden Wissenschaftsinstitutionen für die Vermittlung ausreichenden Sinn entwickelten.

Was die Einführung von Studiengebühren betrifft, kann man wohl nur von einer Enttäuschung sprechen. Es ist nicht gelungen, die Einführung von Studiengebühren – von denen man gewiss vorher gewusst hat, wie umstritten sie sind und wie viel soziales Kapital in sie fließen müsste – mit einer großen Anstrengung der Gesellschaft zur Bildungsfinanzierung zu verknüpfen. Dass die Studiengebühren tatsächlich zusätzlich zu anderen Anstrengungen eingeführt werden und dass sie tatsächlich in die Lehre fließen, wird noch schwieriger zu demonstrieren sein, wenn sich die Haushaltslagen so verschlechtern, wie es vorauszusehen ist. Wenn in der Haushaltsknappheit weniger die Exzellenzinitiative als die Steigerung der Forschungsförderung in Gefahr ist, was ebenfalls vorherzusehen ist, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit, jede Exzellenzinitiative einer Universität daraufhin zu überprüfen, was sie zur Organisationsentwicklung der Universität im Ganzen beiträgt und nicht nur zum Status der Universität im Wettbewerb der Besten. Der fleischgewordene Mythos, dass es im Kern immer nur um die Förderung der Besten gehe, hat das Denken in institutionellen und organisatorischen Zusammenhängen – manchmal auch das ganze Klima – bereits nachhaltig beschädigt. Es kommt aber immer darauf an, die richtige Mischung von Individuen, Fähigkeiten und Perspektiven herzustellen, damit hervorragende Forschung und funktionierende Institutionen entstehen. Die Zeiten des fetischisierten Wettbewerbsglaubens sind vorbei, allerdings kehren die Zeiten der gemütlichen Gremien auch nicht zurück.

Sozialwissenschaften in der Universität

Man muss nicht die alte Debatte um die zwei oder drei Wissenschaftskulturen der Universität wieder eröffnen, um einzusehen, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften eine zentrale Rolle in der Vermittlung der qualitativen Fragestellungen der fünf großen Revisionen spielen können. Man wird auch nicht bestreiten können, dass sie das bisher noch zu wenig tun. Die Spezialisierung ist zu hoch, die Verknüpfung der okzidentalen Herkunft von Soziologie, Politikwissenschaft, Ethnologie, Anthropologie, Geographie und manch anderen Fächern mit ihrer weltgesellschaftlichen Zukunft ist noch am Anfang. Dass es keine gesellschaftswissenschaftliche Form gibt, in der sich die Widersprüche der Globalisierungstheorien bewegen können, sondern nur transnationale und transkulturelle Übungen, ist ein Symptom. Die Sozialwissenschaften sind auch dafür wichtig, eine Idee von globaler Entwicklung zu formulieren, die den noch dem 19. und 20. Jahrhundert verbundenen Entwicklungsgedanken imperialer oder modernisierungstheoretischer Provenienz endgültig hinter sich lässt. Auch die schon angesprochene technologische Durchdringung der Welt, von der Art und Weise, wie wir wohnen, leben und älter werden bis zu der Art und Weise, wie wir Energie, Lebensmittel und Werkstoffe mobilisieren und mit kulturellen Traditionen vermitteln, gehört dazu. Das alles hat begonnen, wird aber in der organisierten Selbstbeobachtung der Fächer, ihren *rankings* und Ränken wenig reflektiert, was wiederum den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht hilft, ihre Stimme in den Universitäten hörbar zu machen. Obwohl Globalisierung, Krise und öffentliche Debatte es nahe legen, nehmen die Geistes- und Sozialwissenschaften selbst die Herausforderung, ihren Ort in der Weltgesellschaft zu definieren, nicht wirklich an. Vielleicht ist es an der Zeit, nach dem Positivismusstreit und dem Systemstreit einen Globalisierungsstreit auszutragen, der den Begriff der Gesellschaft in der Welt zu bestimmen sucht.

Willy Brandt hat in seiner ersten Regierungserklärung formuliert, dass die Schule der Nation die Schule sei. Das war polemisch gegen die alte Vorstellung zugespitzt, dass die militärische Erfahrung die eigentliche Schule der Nation bilde. Heute gilt – ähnlich polemisch – dass die Universität der Welt die Universität ist. Nicht die wirtschaftlich-medialen Weltdeutungen, nicht die Denkfabriken interessierter Entscheidungsmacher und

nicht die Aggregate von Umfragen sind die Universität der Welt. Das letzte Jahrzehnt war durch einen aggressiven Bildungsdiskurs gekennzeichnet, der vermeinte, die Infrastruktur privater Unternehmen auf die gesellschaftliche Institution Universität übertragen zu können. Dem stand ein defensiver – konservativ oder libertär gefärbter – Traditionalismus gegenüber, der nicht einmal die Anpassung an Massen- und Industriegesellschaft verarbeitet hat. Die Krise ist der Moment der Kritik an beiden Haltungen, der Klärung und der Eröffnung neuer Möglichkeiten. Der anstehende Konflikt um Akkreditierung, Evaluation und Legitimation wissenschaftlicher Unabhängigkeit mag eine Arena für eine neue *universitas* eröffnen. Die Schlachten der Einführung sind geschlagen, was jetzt beginnt, ist der Konflikt um die wissenschaftliche und politische Qualität. Und das ist auch gut so.